



# Die CSU hält Kurs

## Hans-Peter Friedrich: Dem Bürger mehr Handlungsspielraum lassen

### INTERVIEW

**Der von Vizeparteichef Jürgen Rüttgers geforderte Deutschlandfonds, der in der Krise Firmen mit soliden Geschäftsmodellen Kredite sichern soll und mögliche Beteiligungen des Staates an in die Schieflage geratenen Unternehmen, werden auch in Ihrer Partei unterschiedlich beurteilt. Der Vorsitzende des Wirtschaftsrates, Kurt Lauk, sprach gar von einer „Pandora-Büchse“, die nicht geöffnet werden dürfe. Auf welcher Seite stehen Sie, steht die CSU?**

Auch in der jetzigen Finanz- und Wirtschaftskrise darf man den ordnungspolitischen Kompass der freien und sozialen Marktwirtschaft nicht verlieren. Staatsbeteiligungen an Privatunternehmen halte ich für höchst problematisch. Sie können nicht der Weisheit letzter Schluss sein.

**Rettungsschirme für Privatunternehmen bedeuten in der Regel Finanzhilfen für Großbetriebe. Soll heißen: Der Mittelstand kommt wieder einmal zu kurz – frei nach dem Motto: die Großen werden unterstützt und wenn die Kleinen vom Markt verschwinden, spricht man schamvoll vom Strukturwandel.**

Genau das ist das Problem. Es darf keinen ordnungspolitischen Sündenfall geben, den wir am Ende nicht mehr in den Griff bekommen. Wir haben bereits heute ein umfangreiches Kredit- und Bürgschaftsinstrumentarium, denken Sie nur an die KfW oder die Förderbanken der Länder. In diesem Rahmen müssen wir uns bewegen, egal ob es sich um große oder kleine Unternehmen handelt.

**Im Zuge des 500-Milliarden-Rettungsschirms für die Finanzbranche bekam die Commerzbank 18 Milliarden Euro, obwohl sie an der Börse weniger als drei Milliarden Euro wert ist. Stimmt hier noch die Verhältnismäßigkeit?**

Die Finanzbranche sollte gesondert betrachtet werden, weil sie den Blutkreislauf der Wirtschaft darstellt, der in Gang gehalten werden muss. Deshalb findet es meine uneingeschränkte Zustimmung, dass die Bundesregierung alles unternommen hat, um eine Stabilisierung der Finanzmärkte herzustellen. Gleichwohl ist der Rettungsschirm für die Banken für diese nicht zum Nulltarif zu haben, denn sie müssen nach der Phase der Konsolidierung von ihren Gewinnen dem Bürgschaftsgeber – also dem Staat – etwas zurückgeben. Zurzeit beobachte ich allerdings mit Sorge, dass die Banken übervorsichtig agieren und den mittelständischen Unternehmen nicht mehr das Geld zur Verfügung stellen, was gebraucht wird, um in Krisenzeiten zu überleben. Leider sehe ich keine Möglichkeit, den Banken die Anweisung zu geben, zu bestimmten Konditionen bestimmte Unternehmen zu bedienen. Mich beunruhigt, dass inzwischen ganze Branchen flächendeckend auf eine rote Liste kommen und damit von notwendigen Krediten abgeschnitten werden. Insofern war es eine richtige Maßnahme, bei den KfW-Krediten die Haftungsfreistellung zu verbessern.

**Wäre es nicht sinnvoller und einfacher gewesen, statt Investitionsprogramme in Milliardenhöhe aufzulegen, die Steuern zu senken und so dem Bürger selbst zu überlassen, wo und wann er konsumiert beziehungsweise investiert?**

Gerade in der letzten Zeit hat die CSU immer wieder gefordert, die Steuern zu senken, um dem Bürger mehr Handlungsfreiheit einzuräumen. Eine solche Politik entspricht dem freiheitlichen Denken, dem Bürger als Verbraucher und Konsument die Entscheidungsfreiheit zu lassen. Aber für eine solche Politik braucht man Mehrheiten.

### Heißt das mit anderen Worten, dass die CSU innerhalb der Regierungskoalition der einsame Rufer in der Wüste ist?

Genau so ist es, wobei wir vom Wirtschaftsflügel der CDU kräftig unterstützt werden. Dabei können wir auf unser Regierungsprogramm von 2005 verweisen. Dort haben CDU und CSU gemeinsam Steuersenkungen festgeschrieben. Die CSU hat diesen Kurs konsequent beibehalten.

### Erst treibt diese Bundesregierung durch die Errichtung des Gesundheitsfonds die Krankenkassenbeiträge in die Höhe – genauer gesagt auf 15,5 Prozent –, um sie dann mit Blick auf die Finanzkrise durch Steuermittel auf 14,9 Prozent abzusenken. Wäre es nicht besser gewesen, auf die vielen Sachverständigen zu hören, die von Anfang an den Gesundheitsfonds als „Missgeburt“ apostrophiert haben?

Der Gesundheitsfonds ist ein Konstrukt, der es sowohl CDU/CSU als auch SPD erlaubt, die Richtung zu ändern, wenn eine der beiden Volksparteien allein in der Regierungsverantwortung steht. Insofern kann man den Gesundheitsfonds mit einem Kreisverkehr vergleichen, bei dem noch nicht entschieden ist, ob man die linke oder rechte Ausfahrt nimmt.

### Wenn sich also die politischen Konstellationen ändern, kann es nur schlimmer oder besser werden?

Sollte es für bürgerlich-liberale Koalition reichen, dann wird im Interesse von Patienten und Ärzten mit Sicherheit der Gesundheitsfonds auf den Prüfstand gestellt und nachgebessert werden.

### Der Kinderbonus von 100 Euro pro Kind, der automatisch dem Kindergeld zugerechnet wird, soll am Jahresende mit dem Kinderfreibetrag verrechnet werden. Soll heißen: Der Staat holt sich bei bestimmtem Einkommen diese Sonderzahlung komplett zurück. Glauben Sie, dass ein derart „linke Tasche, rechte Tasche-System“ bei den Menschen im Land auf Verständnis stößt?

Grundsätzlich ist der von der Bundesregierung verabschiedete „Kinderbonus“ ein wegweisendes Signal an die Gesellschaft unseres Landes. Das von Ihnen angesprochene Problem, also dass das Kindergeld mit dem Kinderfreibetrag verrechnet wird, kann so nicht im Raum stehen bleiben. Ich erwarte, dass man seitens der Regierung jetzt klipp und klar sagt, dass diese 100 Euro pro Kind verrechnungsfrei ausbezahlt werden – egal in welcher Gehaltsklasse sich der jeweilige Empfänger befindet. Wenn Einigkeit darüber besteht, dass Kinder alle gleich viel wert sind, dann muss dieser Grundsatz auch beim „Kinderbonus“ Gültigkeit haben.

### Nach einem Focus-Bericht hat Niels Annen, ein Führungsmann der SPD-Linken, geäußert: „Merkel trägt zum Großteil unsere Politik vor, das wird der Union Schwierigkeiten im Wahlkampf be-

### reiten.“ Steckt hinter der jetzigen Politik der Kanzlerin nicht die unausgesprochene Absicht, wieder eine Große Koalition anzustreben, weil sich das Regieren dann leichter gestaltet als beispielsweise in einer Koalition mit der FDP?

Man sollte gegenüber der Bundeskanzlerin Gerechtigkeit walten lassen. Angela Merkel steht einer Großen Koalition vor. Das heißt, in ihrem Amt als Kanzlerin einer Großen Koalition ist der Kompromiss – und damit auch fast 50 Prozent sozialdemokratische Politik – vorprogrammiert. Das kann man ihr nicht anlasten. Aber ich gebe zu, es schadet unserem Profil enorm, dass wir immer wieder zu Zugeständnissen an die SPD gezwungen werden.

### Als der Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer im Radio hörte, „SPD-General Hubertus Heil warnt die CDU vor Verstaatlichung von Firmen“, schickte der Ex-Staatssekretär seinen Parteifreunden angesichts der Presselage eine spöttische SMS, in der er als neuen Wahllogan „Freiheit und Sozialismus“ empfahl. Haben nicht diejenigen Recht, die die Union vor einem Linksruck warnen und davor, dass die Stammwähler in die innere Immigration getrieben werden?

Es ist höchste Zeit, dass wir uns wieder stärker als bisher auf unsere Stammwählerschaft besinnen. Dazu gehören die wertkonservativen Wähler ebenso, wie die wirtschaftsliberalen. Gerade in der jetzigen Zeit ist es besonders wichtig, dass wir – wie ich bereits eingangs sagte – den ordnungspolitischen Kompass nicht verlieren dürfen. Und das Wort „Verstaatlichung“ darf von einem Unionspolitiker erst gar nicht in den Mund genommen geschweige denn umgesetzt werden. Deshalb muss die Kernbotschaft unseres Wahlkampfes sich wieder auf die Menschen in der politischen Mitte konzentrieren – also auf diejenigen, die Verantwortung für Staat und Gesellschaft übernehmen beziehungsweise übernommen haben. Unser Motto heißt „Freiheit und Eigenverantwortung“ und nicht „Verstaatlichung und kollektive Beglückung“ – daran hat sich auch in der Krise nichts geändert. ■

Mit Hans-Peter Friedrich sprach Joachim Schäfer

Seit 1998 ist Hans-Peter Friedrich Mitglied des Deutschen Bundestages und seit dem Jahr 2005 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. Dort ist er zuständig für die Bereiche Verkehr, Bau, Stadtentwicklung, Tourismus und Kommunalpolitik.

Der am 10. März 1957 geborene Oberfranke ist Jurist (Promotion zum Dr. jur.) und studierte zudem Wirtschaftswissenschaften in Augsburg und Volkswirtschaftslehre an der Fernuniversität Hagen. Seit 1974 ist Friedrich Mitglied der CSU und seit 1999 stellvertretender Bezirksvorsitzender der CSU Oberfranken. Seine wirtschaftspolitische Kompetenz erwarb der prominente Politiker im Bundesministerium für Wirtschaft, wo er zuletzt als Ministerialrat tätig war und später als persönlicher Referent des damaligen Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Michael Glos. ■